

Gemeinde Lindlar



Auskunft erteilt: Herbert Schibelka
Geschäftszeichen:
Zimmer Nr.: E 07
Telefondurchwahl: (02266) 96 114
Telefax: (02266) 96 7 114
Telefonzentrale (02266) 960
E-Mail: herbert.schibelka@gemeinde-lindlar.de
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 09.10.2009

Niederschrift

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie die Niederschrift zur Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag:

Herbert Schibelka

Gremium	Sitzungs-Nr.
Ausschuss für Sicherheit und Ordnung	9
Sitzungsort	Sitzungstag
Sitzungssaal des Rathauses, Borromäusstr. 1, 51789 Lindlar 4. Obergeschoss, Raum 402	17.09.2009
Sitzungsbeginn	Sitzungsende
17.30 Uhr	20.00 Uhr

Anwesend:	Entschuldigt fehlten:
Vorsitzender Werner, Gerhard	
Mitglieder	
CDU-Fraktion	
Broich, Elisabeth für Braun, Wolfgang	Braun, Wolfgang
Gräf, Wilhelm	
Heller, Guidor	
Klee, Herbert -skB-	
Hochscherf, Brigitte für Klee, Markus	Klee, Markus -skB-
Overödder, Erwin für Ditger, Stephan	Ditger, Stephan
Stadler, Wolfgang	
Bosbach, Alexander für Rottländer Frank – skB -	Rottländer, Frank
Schmitz, Wilhelm (Stellv. Vorsitzender)	
SPD-Fraktion	
Voß, Heribert für Dinsing, Karl-Heinz	Dinsing, Karl-Heinz
Dreiner-Wirz, Jürgen	
Heller, Manfred	
Berger, Frank für Herbstritt-Jungbluth, Michael -skB-	Herbstritt-Jungbluth, Michael
Quabach, Heinz – skB -	
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Freese, Dr. Susanne	
Siegfried, Christian -skB-	
FDP-Fraktion	
Klein, Dietmar	

Verwaltung	Gäste
Schibelka, Herbert	Bürgerinnen und Bürger aus
Schwirten, Friedhelm	Kapellensüng und Bon- nersüng
Kierdorf, Ilse	
Hütt, Werner	
Urspruch, Ralf	

Tagesordnung

zur 09. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung der Gemeinde Lindlar am 17.09.2009

TOP	Beratungsgegenstand - Öffentlicher Teil -
1.	Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung
2.	Ernennung eines Schriftführers
3.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 – öffentliche Sitzung –
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 – öffentliche Sitzung –
5.	Sachstandsbericht über die Durchführung der Beschlüsse aus vorhergehenden Sitzungen des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung
6.	Betriebsabrechnung Abfall 2007
7.	Betriebsabrechnung Winterdienst 2007
8.	Benennung einer neuen Straße in Lindlar- Scheel
9.	Benennung einer Straße von der K19 auf die Zufahrt zu „Metabolon“
10.	Beleuchtungsprogramm 2009
11.	Beabsichtigte Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Straße Jugendherberge
12.	Antrag auf Geschwindigkeitsbegrenzung in Lindlar- Oberbergscheid auf der K24
13.	Antrag auf Anordnung eines absoluten Haltverbotes im Zuge der Straße Lindenfeld in Lindlar-Hartegasse
14.	Verkehrssituation in Lindlar-Frielingsdorf
15.	Aufstellung eines Verkehrsspiegels auf der L284
16.	Informationen der Verwaltung
16.a	Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung
17.	Verschiedenes

TOP	Beratungsgegenstand - Nichtöffentlicher Teil -
18.	Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 – nichtöffentliche Sitzung –
19.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 – nichtöffentliche Sitzung –
20.	Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Hinweis:

Weil einige Bürgerinnen und Bürger aus Kapellensüng zu Top 13 (Antrag auf Anordnung eines absoluten Haltverbotes im Zuge der Straße Lindenfeld in Kapellensüng) anwesend sind, wird einstimmig beschlossen, diesen TOP vor TOP 8 zu behandeln.

Die Protokollierung erfolgt in der festgelegten Reihenfolge der Tagesordnungspunkte.

Zu TOP 16 „Informationen der Verwaltung“ legt die Verwaltung eine Tischvorlage vor zum Thema „Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung“. Aus dem Ausschuss wird angeregt, diese Tischvorlage als TOP 16 a) in die Tagesordnung aufzunehmen, damit der Ausschuss bereits einen Beschluss fassen kann. Hiergegen werden keine Einwände erhoben.

Zu TOP 1

Feststellung der form- und fristgerechten Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einberufung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung bei Anwesenheit von 18 Mitgliedern fest.

Zu TOP 2

Bestellung eines Schriftführers

Beschluss:

Als Schriftführer für die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung wird Herr Friedhelm Schwirten bestellt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 3

Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009

Auf die Sitzungsvorlage und einer Tischvorlage zu dem Antrag auf 30 km/h-Strecke im Bereich der Strassen „An der Gasse“ und „Bonnersüng“ wird verwiesen. Die Verwaltung geht auf die einzelnen Tagesordnungspunkte im Rahmen der Berichterstattung detailliert ein.

Die Verwaltung teilt mit, dass die Anlieger dieser Straßen mit Schreiben vom 24.08.2009 (s. Seite 7 der Einladung) über die Beschlussfassung informiert wurden.

Demnach soll zur Erhöhung der Sicherheit der Fußgänger im Siedlungsbereich der Straße Bonnersüng ein einseitiger provisorischer Fußgängerbereich mittels Leitpfosten geschaffen werden. Die in diesem Fußgängerbereich befindlichen größeren Schlaglöcher sollen verfüllt werden.

Mit einem Schreiben vom 03.09.2009 (s. Seite 9 der Einladung) und mit einer E-Mail (s. Tischvorlage) und einem Telefonat haben Bürger hierzu Stellung bezogen. Im Anschluss

daran entsteht eine intensive Diskussion, an der sich Ausschussmitglieder aller Fraktionen beteiligen.

AM W. Schmitz erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Verwaltung mit den beabsichtigten Maßnahmen noch nicht beginnen möge, zumal die Stellplatzproblematik noch nicht gelöst werden kann. Man sollte hier Alternativen erarbeiten, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Kosten.

Für die SPD-Fraktion teilt Herr AM H. Voß mit, dass die optimale Lösung der Ausbau der Straße sei. Es sollte eine neue Beratung mit neuen Aspekten durchgeführt werden.

Für die FDP-Fraktion teilt AM D. Klein mit, dass in der Tat die beabsichtigten Maßnahmen keine optimale Lösung darstellen. Auch er plädiert für eine neue Beratung.

Für die Verwaltung teilt Herr Urspruch mit, dass die Planung für den Ausbau der in Rede stehenden Straßen abgewartet werden sollte. Auch sollten im Rahmen von Bürgerversammlungen die Beteiligung der Bürger sichergestellt und die Meinungen eingeholt werden, wobei hier auch der Kostenaspekt hinsichtlich der Anliegerbeiträge einen großen Stellenwert habe. Diesen Ausführungen stimmt der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zu. Ein förmlicher Beschluss wird nicht gefasst.

Auf die Frage von AM J. Dreiner-Wirz nach der Wiederanordnung des 30 km/h-Zonenschildes in Schmitzhöhe teilt die Verwaltung mit, dass beschlussgemäß ein entsprechender Antrag beim Straßenverkehrsamt in Gummersbach gestellt worden ist. Eine Antwort liegt jedoch noch nicht vor.

Auf Anfrage von AM W. Schmitz nach der Höhe der Kosten der von Unbekannten verursachten Graffiti-Schmiererei teilt die Verwaltung mit, dass für diesen Zweck erst kürzlich eine Kostenstelle im EDV-Programm eingerichtet wurde, so dass künftig diese Kosten zeitnah ermittelt werden können.

Zu TOP 4

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 - öffentliche Sitzung -

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009, öffentlicher Teil, wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 5

Sachstandsbericht über die Durchführung der Beschlüsse aus vorhergehenden Sitzungen des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Im Rahmen des Sachstandsberichtes weist die Verwaltung auf die Schreiben des Heimatvereins Hohkeppel vom 29.08.2009 (offener Brief) und vom 17.09.2009 bezüglich der Verkehrssituation in Hohkeppel, insbesondere im Bezug auf den Schwerlastverkehr, hin.

Auf der Grundlage der verschiedenen Beratungen und Beschlussfassungen im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung hat die Verwaltung beim zuständigen Straßenverkehrsamt die beidseitige Beschilderung „Verbot der Durchfahrt für Lkws über eine Länge von 12 Meter“ beantragt.

Aufgrund von Schleppkurvenberechnungen hat das Straßenverkehrsamt Gummersbach die Beschilderung mit dem Verbot der Durchfahrt für Lkws über 12 Meter Länge ab Vellingen abgelehnt.

Erfreulicherweise wurde im Zuge der Herstellung des Kreisverkehrsplatzes in Vilkerath, also auf dem Gebiet der Stadt Overath, neben der Wegweisung nach Hohkeppel zusätzlich das VZ „Verbot der Durchfahrt für Lkws mit einer Länge über eine Länge von 12 Meter“ angeordnet, so dass künftig eine Verbesserung der LKW-Problematik in Hohkeppel eintreten könnte.

Die Verwaltung versucht diese Beschilderung ebenfalls im Kreisverkehrsplatz in Heiligenhaus und in Overath-Diepenbroich zu erreichen. Zu diesem Zweck hatte die Verwaltung bereits die Stadt Overath gebeten, deren Verkehrszeichenpläne der Gemeinde Lindlar zur Verfügung zu stellen, damit der formelle Antrag zur nächsten Verkehrsbesprechung am 27.10.2009 in Overath vorgelegt werden kann.

Ein weiterer Antragsgegenstand war ein generelles Durchfahrtsverbot für Lkws über ein zul. Gesamtgewicht von 7,5 t. Auf der Grundlage des Beschlusses des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung wurde diesbezüglich ein entsprechender Antrag beim Straßenverkehrsamt Gummersbach gestellt. Da dort aber übergeordnete bzw. klassifizierte Straßen betroffen sind, erfolgte eine Ablehnung des seinerzeit gestellten Antrages.

Im Anschluss an die Ausführungen der Verwaltung entsteht eine Diskussion, an der sich Vertreter aller im Ausschuss und Rat vertretenen Fraktionen beteiligen. Zum Abschluss dieser Diskussion teilt der Ausschussvorsitzende, Herr Gerd Werner, mit, dass er zusammen mit dem Heimatverein Hohkeppel, vertreten durch den 1. Vorsitzenden, Herrn B. Althaus, ein Gesamtkonzept für Hohkeppel erarbeiten würde, in dem auch die entsprechenden verkehrsrechtlichen Aspekte, insbesondere des Schwerlastverkehrs, einen breiten Raum einnehmen werden. Dieses Gesamtkonzept wird nach Auffassung des Vorsitzenden für die weiteren Beratungen im Ausschuss und die Umsetzung mit den zuständigen Behörden sachdienlich sein.

Ein Beschluss wird nicht gefasst.

Zu TOP 6 Betriebsabrechnung Abfall 2007

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Gemeinderat die Betriebsabrechnung Abfallentsorgung für 2007 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 7
Betriebsabrechnung Winterdienst 2007

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung empfiehlt dem Gemeinderat die Betriebsabrechnung Winterdienst für 2007 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 8
Benennung einer neuen Straße in Lindlar- Scheel

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Aufgrund des Vorschlages der Erschließungsgemeinschaft ‚Grau, Fischer, Bremer und Müller GbR und des Bürgervereins Scheel e. V. erhält die Erschließungsstraße den Straßennamen „Pöhler Weg“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 9
Benennung einer Straße von der K19 auf die Zufahrt zu „Metabolon“

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Das Teilstück der Remshagener Straße, welches von der K19 abzweigt und in Fortsetzung auf das Gelände des Entsorgungszentrums Leppe führt, erhält den Straßennamen „Am Berkebach“.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 10
Beleuchtungsprogramm 2009

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

1. Die Beleuchtungsmaßnahme Nr. 22, Schulbushaltestelle Oberquabach, soll in 2009 beauftragt und ausgeführt werden. Kosten ca. 1.904,00 € brutto.
2. Die Beleuchtungsmaßnahme Nr. 25, Schulbushaltestelle Schlürscheid nahe der L 284, soll in 2009 beauftragt und ausgeführt werden. Kosten ca. 2.499,00 € brutto.

3. Die Beleuchtungsmaßnahme Nr. 24, Verbindungsweg zwischen den Straßen Am Mühlenberg Haus-Nr. 5 und Mühlenweg, soll in 2009 beauftragt und ausgeführt werden. Kosten ca. 3.570,00 € brutto.
4. Die Beleuchtungsmaßnahme Nr. 26, Zum Bayenhof, zwischen den Häusern 3 und 5, soll in 2009 beauftragt und ausgeführt werden. Kosten ca. 2.142,00 € brutto.
5. Die Beleuchtungsmaßnahme Nr. 8, Unterlichtinghagen auf Höhe Haus-Nr. 30, soll in 2009 beauftragt und ausgeführt werden. Kosten ca. 1.688,94 € brutto.
6. Die nicht beschlossenen Beleuchtungsmaßnahmen werden in die Beratungen zum Beleuchtungsprogramm 2010 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 11

Beabsichtigte Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Straße Jugendherberge

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Die Verwaltung teilt mit, welche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung auf der Straße Jugendherberge nach eingehender Prüfung vorgeschlagen werden.

Zu Beginn der Fraktionsrunde führt AM W. Schmitz für die CDU-Fraktion aus, dass die vorgeschlagene Anbringung der „Kölner Teller“ sicherlich effektiv und preiswert ist, aber diese auch zu mehr Geräuschen führen würden. Deshalb vertritt er die Auffassung, dass zuvor die Anwohner angehört werden sollten. Auch sei der Winterdienst für diesen Bereich dann als problematisch anzusehen. Mithin schlägt er vor, diese „Kölner Teller“ nur an 2 Stellen (siehe Seite 33 Anlage II der Sitzungsvorlage) anzubringen und zwar auf der linken Seite und aus Richtung der Schule Li-Ost auf der rechten Seite (s. Skizze).

Für die SPD-Fraktion führt AM J. Dreiner-Wirz aus, dass diese grundsätzlich den vorgeschlagenen Maßnahmen positiv gegenüber stehe. Die rote Pflasterung wird jedoch als problematisch angesehen, zudem sei die Verkehrszählung fragwürdig. Es ist zu prüfen, ob man die Pflasterung ggfs. mit Bitumenfarbe anstreichen kann.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt Frau Dr. S. Freese aus, dass die Maßnahmen, die jetzt vorgeschlagen worden sind, sinnvoll sind. Die Steine sollten jedoch ausgetauscht werden. Da sehr schnell in dem in Rede stehenden Bereich gefahren würde, sind „Kölner Teller“ grundsätzlich zu befürworten. Diesbezüglich möge die Verwaltung auch den Starenweg berücksichtigen.

Für die FDP-Fraktion führt AM D. Klein aus, dass 2 von 3 Maßnahmen befürwortet werden.

- Bepflanzung des Grünstreifens ja
- Einmündung Drosselweg schwarz asphaltieren

- „Kölner Teller“ werden abgelehnt, weil sie nicht erforderlich wären. Zudem schaffe man dann Präzedenzfälle.

AM W. Gräf führt aus, dass man doch angesichts der umfangreichen Vorschläge stufenweise vorgehen solle. So sollte man die Bepflanzungen punktuell anbringen. Eine Rechtsvor Links-Regelung im Drosselweg sollte eingeführt werden. Bezüglich der „Kölner Teller“ sollte man jedoch berücksichtigen, dass auch landwirtschaftliche Flächen genutzt werden müssen. In Folge dessen müssen landschaftliche Fahrzeuge über diese „Kölner Teller“ fahren, was zu erheblichen Problemen für diese Nutzung führen würde. Deshalb sollten zuvor die betroffenen Bürgerinnen und Bürger befragt werden.

Nach einer umfangreichen Diskussion, an der sich viele Ausschussmitglieder beteiligen, schlägt die Verwaltung durch Herrn Urspruch eine Kompromisslösung dergestalt vor, dass die „Kölner Teller“ (s. Seite 33 der Sitzungsvorlage) so platziert werden sollen, dass Bürger nicht vom Lärm beeinträchtigt werden. Diese sollten z. B. weiter entfernt von der Wohnbebauung angebracht werden. Zudem sollte beobachtet werden, ob diese Maßnahme zielführend sein wird.

Die Verwaltung unterbreitet nach entsprechender Beratung dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung folgenden

Beschlussvorschlag:

1. Anbringung der Kölner Teller im Zuge der Straße Jugendherberge aus Richtung Hellingner Straße kommend unterhalb der Einmündung Schwalbenweg
2. Anbringung der „Kölner Teller“ im Zuge der Straße Jugendherberge vor der 1. Pflanzinsel unmittelbar vor der Jugendherberge
3. Anbringung der „Kölner Teller“ im Zuge der Straße Jugendherberge in Höhe der Grundschule Li-Ost an geeigneter Stelle aus Richtung Eichholz kommend
4. Pflanzungsmaßnahmen punktuell und sukzessive umsetzen
5. Die Pflasterung im Einmündungsbereich Drosselweg weitgehend entfernen und durch Asphalt ersetzen.

Auf Wunsch der Ausschussmitglieder erfolgt eine Abstimmung zunächst der Beschlussvorschläge zu den Ziffern 1 – 4. Erst danach erfolgt eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag zu der Ziffer 5 (Bepflasterung).

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlussvorschläge zu den Ziffern 1-4 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	17 Stimmen	Ja-
	1 Stimme	Nein-

Nunmehr lässt der Vorsitzende über die Ziffer 5 abstimmen aber unter der Voraussetzung, dass die Pflasterung entgegen dem Beschlussvorschlag beibehalten werden soll.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis:	9 Ja-Stimmen
	5 Nein-Stimmen
	4 Enthaltungen

Damit ist beschlossen, die Bepflasterung beizubehalten.

Zu TOP 12

Antrag auf Geschwindigkeitsbegrenzung in Lindlar- Oberbergscheid auf der K24 hier: Antrag des Ratsmitgliedes Brigitte Hochscherf vom 30.06.2009

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Die Verwaltung weist zusätzlich auf die Bereisung des AK Sicherheit und Ordnung am 14.09.2009 hin. Aufgrund der Empfehlung des AK wird eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h im Kurvenbereich in Oberbergscheid befürwortet. Nach kurzer Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 70 km/h im Kurvenbereich in Oberbergscheid wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag beim Straßenverkehrsamt Gummersbach zu stellen.

Zu TOP 13

Antrag auf Anordnung eines absoluten Haltverbotes im Zuge der Straße Lindenfeld in Lindlar-Hartegasse hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 24.07.2009

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Die Verwaltung erläutert die Sachlage. Im Rahmen der Bereisung am 14.09.2009 hatte der AK Sicherheit und Ordnung festgestellt, dass eine bessere Übersicht der Ein- und Ausfahrt der Grundstücksanlieger auch durch Zurückschneiden eines auf einem Privatgrundstück stehenden Strauches erreicht werden kann. Deswegen ist nach übereinstimmender Auffassung des AK die Anordnung eines Haltverbotes nicht erforderlich. Zudem würde nach Auffassung auch der Verwaltung das gewünschte Haltverbot dazu führen, dass in diesem Teilbereich zu schnell gefahren würde mit der Folge, dass zu einem späteren Zeitpunkt Anträge auf Ausweisung einer 30 km/h-Zone im Zuge der Straße Lindenfeld gestellt werden würden.

Für die CDU-Fraktion erklärt AM W. Schmitz, dass diese ebenfalls den Antrag auf Anordnung eines absoluten Haltverbots zur Straße Lindenfeld nicht unterstützen würde, weil hierfür keine Notwendigkeit gegeben sei.

Für die SPD-Fraktion teilt AM J. Dreiner-Wirz mit, dass diese ebenfalls gegen die Anordnung eines absoluten Haltverbots sei. Allerdings sollte geprüft werden, ob in der Straße Lindenfeld ggfs. eine 30 km/h-Zone angeordnet werden könnte.

Auch Frau Dr. S. Freese von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde es begrüßen, wenn diese Straße als 30 km/h-Zone ausgewiesen würde.

Für die FDP-Fraktion teilt AM D. Klein mit, dass diese sehr wohl die Anordnung eines absoluten Haltverbotes befürwortet, zumal auf dieser Straße durch den Reiterhof und einen in der Nähe gelegenen Betrieb reger Straßenverkehr gegeben ist und ein Haltverbot aus Gründen der Verkehrssicherheit geboten sei.

Da zu diesem TOP einige Bürgerinnen und Bürger aus Kapellensüng in dieser Sitzung anwesend sind, wird aufgrund des **einstimmigen Beschlusses** die Sitzung um 18.05 Uhr unterbrochen, damit diesen Gelegenheit erhalten, zu diesem TOP ihre Stellungnahmen abzugeben.

Verschiedene Bürgerinnen und Bürger teilen übereinstimmend mit, dass aus ihrer Sicht die Anordnung eines absoluten Haltverbotes im Zuge der Straße Lindenfeld in Kapellensüng, so wie beantragt, zwingend erforderlich sei, weil es in der Vergangenheit aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens zu Gefahrensituationen, verbunden mit erheblichem Lärm, gekommen sei. In der Argumentation wird herausgestellt, dass aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger dieses insbesondere dann unerträglich sei, wenn auf dem Reiterhof Veranstaltungen durchgeführt werden. So sei eine Verkehrsdichte von ca. 300 Fahrzeugen pro Tag zu verzeichnen.

Nachdem die Bürgerinnen und Bürger sich zu dieser Angelegenheit haben äußern können, eröffnet der Ausschussvorsitzende gegen 18.15 Uhr wieder die Sitzung.

Im Anschluss daran entsteht eine rege Diskussion unter Berücksichtigung der von den Bürgerinnen und Bürgern vorgebrachten Argumente. Es zeichnet sich keine Mehrheit für den FDP-Antrag ab.

Die FDP-Fraktion besteht auf die Abstimmung ihres gestellten Antrages auf Anordnung eines absoluten Haltverbotes im Zuge der Straße Lindenfeld in Kapellensüng.

Beschluss:

Im Zuge der Straße Lindenfeld in Kapellensüng im Bereich der Kirche auf der gegenüberliegenden Straßenseite wird ein absolutes Haltverbot eingerichtet.

Abstimmungsergebnis:	1 Ja-Stimme
	17 Nein-Stimmen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Sodann wird abgestimmt über folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen (z. B. Verkehrszählung) im Hinblick auf die Einrichtung einer 30 km/h-Zone im Zuge der Straße Lindensfeld in Kapellensüng einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 14

**Verkehrssituation in Lindlar-Frielingsdorf
hier: Bürgerantrag vom 05.07.2009**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Zusätzlich verweist die Verwaltung auf die Bereisung des AK Sicherheit und Ordnung am 14.09.2009 zu diesem TOP. Entsprechend den Empfehlungen des AK fasst der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung folgenden

Beschluss:

In die fußläufige Verbindung soll im Einmündungsbereich zur Straße Kirchweg in Lindlar-Frielingsdorf ein Poller so angebracht werden, dass dennoch ein Vorbeifahren mit Kinderwagen möglich ist.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Hinweis:

AM D. Klein bittet die Verwaltung, die Beleuchtungsverhältnisse in diesem Bereich zu überprüfen.

Zu TOP 15

**Aufstellung eines Verkehrsspiegels auf der L284
hier: Bürgerantrag vom 16.06.2009**

Auf die Sitzungsvorlage wird verwiesen.

Zusätzlich weist die Verwaltung auf die Bereisung des AK Sicherheit und Ordnung vom 14.09.2009 hin. Der AK hat die Empfehlung ausgesprochen, dass der Antrag nicht befürwortet werden sollte, weil ein Verkehrsspiegel nicht zu besseren Sichtverhältnissen beitragen wird.

Nach kurzer Diskussion erfolgt folgender

Beschluss:

Der Antrag auf Aufstellung eines Verkehrsspiegels im Zuge der L284, rechts gegenüber der Einmündung des Weges nach Buchholz vom 16.06.2009, wird abgelehnt, weil durch einen Verkehrsspiegel keine Verbesserung der Sichtverhältnisse erreicht wird.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 16

Informationen der Verwaltung

- a) Die Verwaltung teilt mit, dass der Löschzug I der Freiwilligen Feuerwehr Lindlar ein Carport am Feuerwehrgerätehaus in Lindlar in Eigenleistung (also ohne Kosten für die Gemeinde Lindlar) anbauen wird.
- b) Bushaltestelle Bremer
Hierzu teilt die Verwaltung mit, dass eine entsprechende Ortsbesichtigung mit dem AK Sicherheit und Ordnung durchgeführt wurde, an der auch die betroffenen Grundstückseigentümer als Zuhörer anwesend waren. Im Ergebnis ist festzustellen, dass die OVAG auf den veränderten Fahrplan zum Winterhalbjahr hinweist, welcher am 13.12.2009 in Kraft tritt. Die Abfahrtszeiten der Linienbusse werden noch näher an die Schulendzeiten herangeführt. Die OVAG geht davon aus, dass dann weniger Jugendliche dort anzutreffen sind. Zusätzlich wird ausgeführt, dass im AK Einigkeit darüber besteht, dass
- zunächst abgewartet werden soll, ob die veränderten Abfahrtszeiten tatsächlich eine geringere Frequentierung der Bushaltestelle Kölner Straße haben wird,
 - die OVAG wird prüfen, ob die Haltestelle nur als reine Ausstiegshaltestelle künftig eingerichtet werden kann,
 - die OVAG stimmt mit der Geschäftsführung ab, ob eine Fahrgastzählung nach Inkrafttreten des Winterfahrplans durchgeführt wird.

Die Verwaltung teilt mit, dass ein weiterer Bericht in der übernächsten Sitzung des Ausschusses Sicherheit und Ordnung eingebracht wird.

- c) Hinsichtlich der Wiederanordnung des 30 km/h-Streckenschildes in -Schmitzhöhe teilt die Verwaltung mit, dass beschlussgemäß ein Antrag an das Straßenverkehrsamt in Gummersbach gestellt wurde. Eine Antwort liegt jedoch noch nicht vor.
- d) Zu den Verkehrssicherheitsmaßnahmen der Kinder aus der GGS Lindlar-West und dem Kindergarten „Spatzennest“ an der Rheinstraße (K24) und Kölner Straße (L299), verweist die Verwaltung auf ein Schreiben an den Herrn Landrat Hagen Jobi, verbunden mit der Einladung, vor Ort in einem persönlichen Gespräch die Intention der Antragstellung und die Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrssicherheit der Kindergarten- und Schulkinder von der Verwaltung detailliert dargelegt zu bekommen.

Zu TOP 16 a

Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung

Die Verwaltung verweist auf die vorliegende Tischvorlage zu der Öffnung von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung und erläutert kurz den Sachverhalt:

Auf der Grundlage der am 01.09.2009 novellierten allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung können nunmehr Einbahnstraßen, in denen die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h beschränkt ist, für den Radverkehr in Gegenrichtung freigegeben werden, wenn die unter Buchstabe a) b) und c) aufgeführten Kriterien (s. Tischvorlage) erfüllt werden.

Nach kurzer Diskussion wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Einbahnstraßen nach der aktuellen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (VwV-StVO) für die Freigabe des Radverkehrs in Gegenrichtung geeignet sind und für diese geeigneten Einbahnstraßen, deren Freigabe für den Radverkehr in Gegenrichtung beim StVA zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:	17 Ja-Stimme
	1 Nein-Stimme

Hinweis der Verwaltung:

Die Verwaltung teilt mit, dass zu Beginn der neuen Legislaturperiode die Möglichkeit besteht, dass Vertreter des StVA Gummersbach und ggfs. des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes im zuständigen Ausschuss für Sicherheit und Ordnung einmal über die aktuellen Veränderungen im Straßenverkehrsrecht referieren. Dieses wird von dem Ausschuss für Sicherheit und Ordnung zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 17

Verschiedenes

- a) AM J. Dreiner-Wirz teilt mit, dass ein Nutzungsberechtigter eines Wahlgrabes, welches sich auf dem Friedhof in Lindlar befindet, bei ihm vorstellig geworden sei, und sich über den neuen „Urnengarten“ auf den Block O des Friedhofes Lindlar beschwert habe. Der Nutzungsberechtigte habe ausgeführt, dass eine Beerdigung in das in Rede stehende Wahlgrab nicht mehr möglich wäre und die Erreichbarkeit zu seinem Grab nicht mehr gegeben sei.

Hierzu teilt die Verwaltung mit, dass man bereits über den Rechtsbeistand des Nutzungsberechtigten schriftlich mitgeteilt habe, dass die Erreichbarkeit zu seinem Grab und eine ordnungsgemäße Beerdigung in dieses Wahlgrab sehr wohl möglich ist, was auch von dem mit der Gemeinde Lindlar vertraglich gebundenen Unternehmer schriftlich bestätigt und erklärt wurde. Diese schriftliche Erklärung wurde bereits dem Rechtsbeistand des Nutzungsberechtigten zugeleitet. Zudem hat ein Nutzungsberechtigter nach der Friedhofssatzung der Gemeinde Lindlar keinen Anspruch auf Unveränderlichkeit der Umgebung zu seiner Grabstätte.

Auf Anfrage teilt die Verwaltung weiterhin mit, dass auch die in der Skizze – welche auch Grundlage für die Gestaltung des Urnengarten war – dargestellte Umgebung in der Nähe der Fläche, auf der die Gestaltungsentwürfe (1. und 2. Bauabschnitt) eingezeichnet sind, nicht mit den tatsächlichen Verhältnissen auf dem Friedhof in Lindlar

übereinstimmt. Es handelt sich bei dem vorliegenden Gestaltungsentwurf weder um einen amtlichen Lageplan noch um eine Ausführungszeichnung einer Baumaßnahme, für die eine Baugenehmigung erforderlich ist.

- b) AM H. Voß bittet die Verwaltung um Überprüfung der Verkehrssituation/Sichtverhältnisse im Bereich Tulpenweg, Haus Nr. 13. In diesem Bereich befindet sich eine Hecke, die nach seiner Auffassung um ca. 30 cm gekürzt werden soll, damit die Sichtverhältnisse verbessert werden können. Die Verwaltung sollte einmal mit dem Eigentümer des Hauses Nr. 13 ein Gespräch diesbezüglich führen. Die Verwaltung sagt eine entsprechende Überprüfung zu.
- c) AM H. Quabach fragt an, warum der Abenteuerspielplatz zurzeit gesperrt ist. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass dort Vandalismus ausgeübt wurde und erhebliche Sachschäden verursacht worden sind. Eine entsprechende Anzeige wurde gegen „Unbekannt“ erstattet. In diesem Zusammenhang teilt die Verwaltung mit, dass es auch Vandalismus auf dem Friedhof in Lindlar, offensichtlich in der Nacht von Samstag 12.09. auf Sonntag 13.09.2009, gegeben hat. Unbekannte haben Grableuchten teilweise zerstört, Kerzen aus den Grableuchten entnommen und Kerzenwachs auf den Gräbern bzw. Grabeinfassungen verschmiert. Die Verwaltung hat am 14.09.2009 mit einigen Nutzungsberechtigten vor Ort eine Besichtigung der Schäden vorgenommen, diese auch mittels Digitalfotos festgehalten und im Namen der Geschädigten eine Sammelanzeige wegen Sachbeschädigung bei der Polizeidienststelle erstattet.

AM E. Overödter teilt in diesem Zusammenhang mit, dass auch in Linde von Unbekannten Markierungen von Glascontainern abgekratzt wurden. Seiner Auffassung nach sei hier ein Appell an die Bevölkerung erforderlich, damit man die Schäden auch der Verwaltung bzw. der Polizeidienststelle mitteilt um zeitnah die Ermittlungen aufnehmen zu können.

- d) AM E. Broich weist auf eine Einladung der Hospizgruppe Lindlar aus Anlass ihres 20-jährigen Jubiläums am Samstag, 03.10.2009 mit einem ökumenischen Gottesdienst an der Stele im neuen „Urnengarten“ auf dem Friedhof in Lindlar um 10.00 Uhr hin. Im Anschluss daran erfolgt ein Empfang im Ratsaal „Alte Schule, Eichenhofstrasse 6, 51789 Lindlar. Hierzu werden die Mitglieder des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung herzlich eingeladen.

Ende öffentlicher Teil

Zu TOP 18

Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 – nichtöffentliche Sitzung –

Hierzu gibt es keine Rückfragen oder Anmerkungen.

Zu TOP 19

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 - nichtöffentliche Sitzung -

Beschluss:

Da keine Einwendungen und Beanstandungen vorgebracht werden, stellt der Vorsitzende die Richtigkeit der Niederschrift des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 13.05.2009 –nichtöffentlicher Teil - fest.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig
-----------------------------	------------

Zu TOP 20

Verschiedenes

Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ende der Sitzung: 20.00 Uhr

Friedhelm Schwirten
Schriftführer

Gerd Werner
Vorsitzender